

## Die SPD, ihr Neoliberalismus und das Kohleausstiegsgesetz

Zum problematischen Kohleausstiegsgesetz der GroKo hat der umweltpolitische Sprecher der SPD, Matthias Miersch, auf seiner [Webseite zu diesem Thema](#) viel Optimismus verbreitet und ist auf die [Fragen zum Kohleausstieg](#) auf seiner angehängten FAQ-Seite detailliert eingegangen.

Es mag sein, dass nicht mehr zu haben war gegen die „christlich-soziale“ Union von CDU/CSU mit ihrem Kapital- und Spenden-starken Wirtschaftsflügel. Es mag auch sein, dass die SPD-Bereitschaft zur Aufweichung im Tausch gegen ihre zeitgleiche wichtige, aber dürftigen Grundrente mitbegründet war, aber diese soziale Schieflage betrifft nicht nur die Umwelt, sondern alle humanitären Bereiche, insbesondere die „christliche Umverteilung nach oben“ über Steuern und Soziales, die von der SPD unter Schröder und seinen Nachfolgern mit großem Beifall von CDU/CSU/FDP und allen Neoliberalen zu den heutigen Zuständen verschärft wurde.

Ob irgendetwas am Optimismus von Miersch begründet ist, lässt sich am besten klären durch Vergleich seiner Antworten mit den Ergebnissen der DIW-Studie [„Klimaschutz statt Kohleschmutz“](#), erstellt [im Auftrag des BUND](#).

Meine Website [rossaepfel-theorie.de](http://rossaepfel-theorie.de) behandelt vorrangig die Verteilungsfragen, also auch die Verteilung zu Lasten künftiger Generationen und der Dritten Welt durch Umweltzerstörung sowie die Finanzierung der [„Billionen gegen Klimakatastrophe und Umverteilung nach oben“](#) nach [„Leistungsfähigkeit“](#), das heißt eher zu Lasten der steuerlich entlasteten ständig wachsenden Zahl von Milliardären und Best-„Verdienern“ als der [unteren 50%, die aufgrund dieser Politik so gut wie gar nichts haben](#).

Auch dazu gibt es in der DIW-Studie einen knappen Hinweis auf die MCC-Studie „Bewertung des Klimapakets und nächste Schritte CO<sub>2</sub>-Preis, sozialer Ausgleich, Europa, Monitoring“ von Ottmar Edenhofer et al., wo das zweite Kapitel lautet [„Beim sozialen Ausgleich muss nachgebessert werden“](#). Es geht dabei auch vor allem auch darum, dass die Opfer dieses Neoliberalismus nicht noch weiter geschröpft und nach rechts getrieben werden, obwohl gerade die [AfD lt. ihrem Wahlprogramm](#) diese Umverteilung nach oben weiter verschärfen will durch Abschaffung von Vermögens- und Erbschaftsteuer.

Doch diese Lastenverteilung findet bei den meisten Umwelt-Parteien und vielen Umwelt-Bewegungen kein besonderes Interesse, so dass explizit linke Gruppen ihr starkes Umwelt-Engagement eher unabhängig davon betreiben.

3.7.2020

Alf Suletzki